

Unsere Meinung zählt! – Der Öffentliche Raum ist für alle da!

Beweggründe/Analyse

Wer kennt diese Situation nicht: Man hat eine Stunde zu viel Zeit, muss auf einen Zug warten und sucht vergeblich nach einer Sitzgelegenheit. Hat man eine gefunden, ist sie oft unbequem, kalt, hat keine Rückenlehne und man findet fast keinen Halt. Das verdanken wir der sogenannten "Defensiven Architektur", die zum Ziel hat, einzelne Teile der Gesellschaft, wie zum Beispiel Jugendliche oder Randständige, davon abzuhalten, sich an öffentlichen Plätzen aufzuhalten. Diese "Defensive Architektur" äussert sich vor allem in abgerundeten und aus unpassenden Materialien gebauten Sitzbänken, um einen längeren Aufenthalt oder gar einen Schlafplatz bietenden Ort für z.B. Randständige oder Obdachlose, explizit zu verhindern. Ebenfalls von dieser defensiven Haltung betroffen sind die öffentlichen Toiletten, da man fünfzig Rappen für ihre Nutzung bezahlen muss.

Zielgruppe

Die "Defensive Architektur" ist zwar spezifisch gegen Randständige gerichtet, betrifft aber die ganze Bevölkerung.

Forderungen

Um den öffentlichen Raum für das Allgemeinwohl attraktiver zu gestalten, sollen folgende Massnahmen ergriffen werden:

- Der Staat sollte nicht durch "Defensive Architektur" aktive Vertreibung von gewissen Teilen der Gesellschaft - vor allem von Randständigen - im öffentlichen Raum betreiben. Dazu gehört der Bau von absichtlich unbequem gebauten Sitzbänken, die Installation von Sprinkler-Anlagen - mit dem Ziel Sitzbänke nass zu spritzen (Wettsteinpark) - und Ultraschallabschreckungsgeräten.
- Die Bevölkerung sollte mehr in die Stadtplanung einbezogen werden, indem man die Wünsche und Bedürfnisse der Betroffenen und Interessierten während der Planung mit anhört und miteinbezieht.
- Mehr attraktive, konsumzwangsfreie Plätze im öffentlichen Raum. Zudem soll sich die Stadt Basel an einem Pilotversuch beteiligen, welcher bereits in Bern und Olten durchgeführt wird. Ziel des Pilotversuches ist, das Restaurants ihre Toiletten öffentlich zugänglich machen.

Folgen

Eine höhere allgemeine Zufriedenheit Bessere Eingliederung von Randständigen in die Gesellschaft und weniger Fälle von öffentlichem urinieren.

Basel, 10. März 2018



Zeno Strebel
Präsidium, Junger Rat



Sophia Gampp
Tagespräsidentin, UMZ18